

An Frau Bundeskanzlerin

DR. ANGELA MERKEL

Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Königsbrunn, den 11. April 2013

Betreff: Konfiskation, Migration, Restitution ...?

Verehrte Frau Bundeskanzlerin,

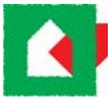
mit großer innerer Anteilnahme und tiefer Bewegung habe ich Ihren einfühlsamen Worten gelauscht, die Sie gestern bei der Festveranstaltung zum 60jährigen Bestehen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge geäußert haben.

Migration – das lateinische migratio bedeutet „Wanderung, Auswanderung“ – war das Schicksal, das auch mir und meiner Familie ebenso wie Abertausenden meiner siebenbürgischen und Banater Landsleuten widerfahren ist, die durch Flucht (unter Einsatz des Lebens), Ausweisung oder ‚Freikauf‘ (durch die Bundesregierung) als „Spätaussiedler“ das seit über 800 Jahren angestammte Land ihrer Väter, ihre Heimat verlassen und sich in eine andere, eine ‚freie‘ Neue Welt einleben mussten.

Unsägliches Leid ist vielen unter der kommunistischen Gewaltherrschaft geschehen. Das kann man nicht ungeschehen machen. Diese Wunden kann nur die Zeit heilen.

Aber das ungeheure Unrecht, das Zehntausenden durch rechtswidrige Enteignung nicht nur unter dem kommunistischen Regime, sondern auch in langen Jahren nach der sogenannten Revolution erlitten haben, kann man versuchen ein wenig reinzuwaschen.

Der vom rumänischen Staat mit dem Restitutionsgesetz 10/2001 eingeschlagene Weg ließ bei den verweifelten Entrechteten, die ansehen mussten, wie ihr väterliches Erbe zur Spielmasse für populistische Wahlmanipulationen wurde und raffgierigen Kleptokraten aus Administration, Politik und sogar Justiz in die Hände fiel, einen Hoffnungsschimmer aufkeimen, dass es möglich werden könnte, durch eine gerechte Restitutionslösung die tiefen Gräben zuzuschütten, die einem friedlichen und gegenseitigen Respekt zur Basis voraussetzenden Umgang zweier Staaten eine bessere Zukunft verspräche. Was aus diesen Hoffnungen geworden ist, zeigt das unsäglich Gezerre um das inzwischen zur Unkenntlichkeit verstümmelte „neue Restitutionsgesetz“, das keine Restitution regelt, sondern de facto eine zweite Enteignung ‚legitimieren‘ soll. Wir haben die Fakten zusammengestellt und erlauben uns, sie Ihnen als Anlagen beizufügen.



Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, haben nicht nur bei Ihrem Besuch in Bukarest auch die Frage der gerechten Entschädigung für widerrechtlich Enteignete auf Ihrer Agenda gehabt, wenn sich auch bedauerlicherweise inzwischen ganz andere Konstellationen entwickelt haben.

Viele Landsleute, die auch Ihre treuen Wähler sind, hatten damals und weiterhin gehofft, dass sich Ihr Einsatz positiv auswirken würde.

Bitte geben Sie diesen Tausenden von nach jahrelangem Kampf mit den Behörden, Politikern und Richtern entmutigten, verzweifelten ehrbaren Bürgern durch ein kraftvolles Einschreiten nochmals das Gefühl, dass bei allem Verständnis für das Elend in der ganzen Welt, auch die eigenen unschuldigen Landsleute nicht einfach auf dem Altar einer nicht nur problematischen, sondern wohl eindeutig verfrühten Erweiterungspolitik geopfert werden sollen.

Bitte, verehrte Frau Bundeskanzlerin, erheben Sie Ihre Stimme gegen ein Gesetz, das nicht nur ungerecht ist, sondern durch die faktische Aufhebung des Eigentumsrechts die Grundfesten der Europäischen Menschenrechtskonvention aufs Tiefste erschüttert, ja vielleicht schon teilweise zerstört.

Mit dem Ausdruck unserer uneingeschränkten Wertschätzung ergebenst

Karin Decker-That

*im Namen unzähliger um vollwertige Restitution und
Einhaltung des Menschenrechtes auf Eigentum
in Rumänien kämpfenden Personen*